

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **18.10.2012** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

17.WP/Rat/007

Beginn öffentlicher Teil: 19:04 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 22:53 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 22:52 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 22:55 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Weinel, Olaf

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeisterin

Heller, Simone

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert

Birgin, Gurbet

Bochmann, Ursula

- entschuldigt -

Braun, Hartmut

Brönnemann, Alfred

Dralle, Karl-Heinz

Ehrhardt, Hans-

Joachim

Fleischmann, Michael

Gersemann, Christiane

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Hunze, Carl

Knauer, Detlef

Köneke, Klaus

Kuyucu, Ahmet

Leykum, Maria

Meinig, Birgit

Meißner, Claudia

Morich, Hans-Dieter

Obst, Wolfgang

Peters, Kai

- entschuldigt -

Pilgrim, Adolf-W.

Plaß, Barthold

Rheinhardt, Michael

Ruser, Horst

Schrader, Karl-Ludwig

Schulz, Kurt-Ulrich

von Oettingen, Gero
Zschoch, Mirco

Verwaltung

Debes, Ulrike
Kugel, Michael
Pape, Petra
Philipps, Lutz
Vierke, Silke
Voutta, Jens

- bis TOP 21 -

- bis TOP 21 -

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 28. Juni 2012
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
- 4.1. Dritte Kraft in Krippengruppen;
Anfrage der SPD-Ratsfraktion, gestellt von Herrn Michael Rheinhardt, vom
26.09.2012
Vorlage: 2012 0225
- 4.1.1. Anfrage - Dritte Kraft in Krippengruppen;
- Ergänzung der Anfrage der SPD-Ratsfraktion (26.09.2012), gestellt von Herrn
Michael Rheinhardt vom 12.10.2012 -
Vorlage: 2012 0225/1
5. Verleihung der Bezeichnung Ehrenratherr
Vorlage: 2012 0224
6. Entwurf Haushaltssatzung 2013
Vorlage: 2012 0214
7. Entwurf Investitionsprogramm 2013
Vorlage: 2012 0215
8. Stellenplanentwurf 2013
Vorlage: 2012 0216
9. Eröffnungsbilanz der Stadt Burgdorf zum 01.01.2010
Vorlage: 2012 0212
10. 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf vom 03.11.2011
Vorlage: 2012 0164

- 10.1. 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf vom 03.11.2011
Vorlage: 2012 0164/1

- 11. Delegation von Zuständigkeiten/Geschäfte der laufenden Verwaltung
Vorlage: 2012 0124

- 11.1. Delegation von Zuständigkeiten/Geschäfte der laufenden Verwaltung
Vorlage: 2012 0124/1

- 12. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2011
Vorlage: 2012 0173

- 13. Leistungsorientierte Entgelte für Laufbahnbeamtinnen und -beamte
hier: Rückforderung
Vorlage: 2012 0213

- 14. Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2012 0226

- 15. Kindertagesstätten-Gebührensatzung 2013
Vorlage: 2012 0177

- 16. Inklusion - Informationsveranstaltung der Region Hannover
Vorlage: 2012 0178

- 16.1. Resolution des Rates der Stadt Burgdorf;
Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.10.2012 -
Vorlage: 2012 0231

- 17. Erlass einer Hebesatzsatzung
Vorlage: 2012 0181

- 18. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2012 0198

- 19. Zuwendung Spenden
Vorlage: 2012 0195

- 20. Zuwendung Spenden - Vorlage folgt -
Vorlage: 2012 0211

- 21. Aufhebung eines Ratsbeschlusses zur Teileinziehung der Straße "Am Brandende / Klaukengasse / Mittelstraße"
Vorlage: 2012 0172

- 22. Begrenzung und Eindämmung von Maisanbau im Burgdorfer Land
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann vom 24.09.2012 -
Vorlage: 2012 0217

- 23. Dispokredite und Kontoführung bei der Stadtsparkasse Burgdorf
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann vom 24.09.2012 -
Vorlage: 2012 0218

24. Resolution zur Y-Trasse;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.10.2012 -
Vorlage: 2012 0232

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Weinel eröffnete um 19.04 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
Er erklärte, dass Herr Peters und Frau Bochmann entschuldigt seien.

Herr Weinel stellte fest, dass es zum Tagesordnungspunkt 4.1.1. eine Tischvorlage gebe. Weiterhin wolle man den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 24 aufgrund des Sachzusammenhangs zu Tagesordnungspunkt 16 als Tagesordnungspunkt 16.1 abhandeln.

Danach gratulierte **Herr Weinel** den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten: Herr Brönnemann, Herr Fleischmann, Frau Leykum, Herr Reinhardt, Herr Schrader. **Frau Vierke** ergänzte zur Vervollständigung der Jubilare Herrn Weinel.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird unter Hinzunahme des Tagesordnungspunktes 4.1.1. sowie der Verschiebung des ursprünglichen Tagesordnungspunktes 24 als Tagesordnungspunkt 16.1 beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 28. Juni 2012

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 28.06.2012 wird genehmigt.

3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Frau Weilert-Penk präsentierte ein Dokument zum Lager „Ohio“, welches in den Jahren 1945-1948 in Burgdorf existierte. Dort hätten zu dieser Zeit ca. 400 Menschen gelebt, vornehmlich Zwangsarbeiter aus Polen, der Ukraine und Russland. Herr Harald Scherdin-Wendtland habe dieses Dokument über die Burgdorfer Geschichte erarbeitet. Zudem habe er darum gebeten, dass das Dokument der Stadt überreicht und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde.

Herr Baxmann ehrte Herrn Braun anlässlich seiner 20-jährigen Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf. Er überreichte eine Urkunde, ein Präsent sowie einen Blumenstrauß. Anschließend hielt **Herr Braun** eine kurze Dankesrede.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

4.1. **Dritte Kraft in Krippengruppen; Anfrage der SPD-Ratsfraktion, gestellt von Herrn Michael Rheinhardt, vom 26.09.2012 Vorlage: 2012 0225**

Siehe TOP 4.1.1.

4.1.1. **Anfrage - Dritte Kraft in Krippengruppen; - Ergänzung der Anfrage der SPD-Ratsfraktion (26.09.2012), gestellt von Herrn Michael Rheinhardt vom 12.10.2012 - Vorlage: 2012 0225/1**

Die Anfrage und die Antwort sowie die Ergänzungsanfrage nebst Antwort wurden verlesen.

5. **Verleihung der Bezeichnung Ehrenratsherr Vorlage: 2012 0224**

Herr Zschoch verwies auf das langjährige Engagement von Herrn Degenhardt und bat im Namen der CDU-Fraktion, Herrn Degenhardt als Ehrenratsmitglied auszuzeichnen.

Herr Morich unterstützte die Ehrung, kritisierte jedoch, dass die CDU-Fraktion die Ehrung von Herrn Paul Rode mehrheitlich abgelehnt habe.

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf verleiht dem ehemaligen Ratsmitglied

Herrn Walter Degenhard

in Anerkennung seiner Verdienste zum Wohle der Stadt Burgdorf als Ratsmitglied die Bezeichnung „Ehrenratsherr“.

**6. Entwurf Haushaltssatzung 2013
Vorlage: 2012 0214**

Die Tagesordnungspunkte 6, 7, 8 und 9 wurden gemeinsam behandelt.

Herr Philipps brachte den Entwurf des Haushaltsplans 2013, den Entwurf des Investitionsprogramms 2013, den Stellenplan 2013 sowie die Eröffnungsbilanz der Stadt Burgdorf zum 01.01.2010 ein. Die Haushaltsrede ist als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt.

Nach der Haushaltsrede gab es eine Sitzungsunterbrechung von 20.50 – 21.00 Uhr.

**7. Entwurf Investitionsprogramm 2013
Vorlage: 2012 0215**

Siehe TOP 6

**8. Stellenplanentwurf 2013
Vorlage: 2012 0216**

Siehe TOP 6

**9. Eröffnungsbilanz der Stadt Burgdorf zum 01.01.2010
Vorlage: 2012 0212**

Siehe TOP 6

**10. 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf vom 03.11.2011
Vorlage: 2012 0164**

Siehe Top 10.1

**10.1. 1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf vom 03.11.2011
Vorlage: 2012 0164/1**

Herr Pilgrim nahm Stellung zu den Tagesordnungspunkten 10, 10.1, 11 und 11.1.

Die Erhöhung der Wertgrenze bei Veräußerung von Grundstücken auf 500.000 € halte er für sinnvoll, da man durch häufigeres Tagen des Verwaltungsausschusses flexibler sei und Kaufinteressenten schneller gebunden werden können.

Auch die Änderungen in der Delegation von Zuständigkeiten bzw. Geschäften der laufenden Verwaltung seien förderlich für die schnellere und effizientere Bedienung der Bürger, sodass die Mehrheitsgruppe beiden Beschlussvorlagen zustimmen werde.

Herr Fleischmann kritisierte, dass mit diesen Änderungen die Entmachtung des Rates weiter voranschreite. Auch der Rat könne schnell reagieren, so könne der Rat z.B. Vorratsbeschlüsse fassen. Er spreche sich somit gegen die Beschlussfassung zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 aus.

Herr Zschoch erklärte, dass sich der Rat auf die wesentlichen, strategischen Entscheidungen, die für die Zukunft der Stadt von großer Bedeutung seien, konzentrieren müsse. Die Vorlage sei demnach ein guter Kompromiss. Zudem könne man jederzeit Änderungen vornehmen. Die CDU-Fraktion werde mehrheitlich zustimmen.

Herr Schulz merkte an, dass es sich bei dieser Satzung um einen Vorratsbeschluss handele. Somit könne die WGS diesem Beschluss zustimmen.

Mit 29 Jastimmen, 1 Neinstimme und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die als Anlage der Vorlage Nr. 2012 0164/1 sowie der Originalniederschrift als Anlage A beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Burgdorf vom 03.11.2011 wird beschlossen.

**11. Delegation von Zuständigkeiten/Geschäfte der laufenden Verwaltung
Vorlage: 2012 0124**

Siehe TOP 10.1

**11.1. Delegation von Zuständigkeiten/Geschäfte der laufenden Verwaltung
Vorlage: 2012 0124/1**

Siehe TOP 10.1

Herr Obst nahm an der anschließenden Abstimmung nicht teil.

Mit 28 Jastimmen und 2 Neinstimmen fasste der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Ratsbeschlüsse hinsichtlich Delegation von Zuständigkeiten/Geschäften der laufenden Verwaltung vom 19.05.2005, 07.07.2005 und 13.12.2007 werden aufgehoben.
2. Die Delegation von Zuständigkeiten des Rates auf den Verwaltungsausschuss bzw. den Hauptverwaltungsbeamten (Bürgermeister) wird gemäß Ziffer A) der Anlage zur Vorlage beschlossen.

Eine Richtlinie des Rates nach § 58 Abs. 1 NKomVG über Geschäfte der laufenden Verwaltung wird gemäß Ziffer B) der Anlage zur Vorlage einschließlich des dazugehörenden Berichtswesens Ziffer C) beschlossen.

12. **Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2011**
Vorlage: 2012 0173

Herr Baxmann, Herr Pilgrim und Herr Plaß verließen aufgrund ihres Mitwirkungsverbot den Saal.

Herr Hinz stellte fest, dass die Buchführung und der Abschluss der Stadtsparkasse ordnungsgemäß erfolgt seien. Der Lagebericht des Vorstandes entspreche den Umständen. Zudem habe die Stadtsparkasse einen Gewinn erwirtschaftet. Die Entlastung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf könne somit erteilt werden.

Herr Fleischmann bemerkte, dass der Gewinn deutlich eingebrochen sei. Er halte den Abführungsbetrag der Stadtsparkasse an die Stadt Burgdorf für zu gering. Er werde keine Entlastung erteilen.

Herr Zschoch bedankte sich bei dem Vorstand und den Mitarbeitern für die gute Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr. Die CDU- Fraktion werde der Entlastungserteilung zustimmen.

Herr Schrader bedankte sich ebenfalls für die gute Arbeit der Stadtsparkasse und unterstützte die Aussagen der Herren Hinz und Zschoch. Er werde der Vorlage zustimmen.

Herr Schulz schloss sich der Entlastungserteilung an.

Herr Obst nahm an der anschließenden Abstimmung nicht teil.

Mit 26 Jastimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gemäß § 23 Abs. 3 Satz 5 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2011 durch den Nds. Sparkassen- und Giroverband und aufgrund der Empfehlung der Sparkassenaufsichtsbehörde Entlastung erteilt.

**13. Leistungsorientierte Entgelte für Laufbahnbeamtinnen und -beamte hier: Rückforderung
Vorlage: 2012 0213**

Herr Pilgrim erläuterte kurz die Hintergründe für die zur Entscheidung stehende mögliche Rückforderung der leistungsorientierten Entgelte für Laufbahnbeamtinnen und -beamte. Er stellte dabei heraus, dass bereits bei der in Zusammenarbeit mit dem Personalrat gefassten Dienstvereinbarung aus dem Jahre 2009 nicht auszuschließen war, dass die Entscheidung zu Beanstandungen führen könnte. Der Landesrechnungshof forderte die sofortige Einstellung der Zahlungen. Laut einer Überprüfung der Kommunalaufsicht sei zudem eine Rückforderung der geleisteten Zahlungen möglich. Der Verzicht auf Rückzahlung der leistungsorientierten Entgelte könne jedoch nur vom Rat ausgesprochen werden. Die Mehrheitsgruppe verzichte auf eine Rückforderung.

Herr Pilgrim richtete abschließend noch eine Frage an die Verwaltung, die auf seine Bitte hin in einer der nächsten Verwaltungsausschusssitzungen beantwortet werden sollte, ob nach der NLPZVO Zahlungen an Beamte geleistet werden und wenn dies der Fall sei, um welche Summen es sich handle und nach welchen Kriterien vorgegangen werde.

Herr Zschoch stellte fest, dass aufgrund des Vertrauensschutzes, der überschaubaren Beträge und der erfolgten Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt die CDU-Fraktion von der Rückforderung absehen und dem Beschlussvorschlag dementsprechend zustimmen werde.

Herr Schulz erklärte für die WGS-Fraktion Zustimmung.

Herr Hunze stellte fest, dass er bereits 2009 gegen die Vorlage gestimmt habe. Er habe die nun eingetretenen Probleme vorausgesehen und werde deshalb der Vorlage nicht zustimmen.

Mit 30 Jastimmen und 1 Neinstimme fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Gem. § 12 Abs. 2 S. 3 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) wird von der Rückforderung der den Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamten der Stadt Burgdorf für die Jahre 2009 und 2010 gezahlten Leistungsprämien abgesehen.

**14. Gleichstellungsplan der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2012 0226**

Frau Heller begrüßte im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage und dankte explizit auch Frau Pape als Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Burgdorf für ihre engagierte Arbeit. Die in der Sitzung getätigten Aussagen sind dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Herr Baxmann stellte heraus, dass das Thema in der Verwaltung sehr ernst genommen werde. Man wisse von den Defiziten der Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen. Bei Auswahlverfahren werde schon jetzt sehr genau darauf geachtet, dass Chancengleichheit, unabhängig vom Geschlecht, gewährt werde.

Herr Knauer kritisierte, dass ihm Maßnahmen fehlen würden, wie gegen die Unterrepräsentanz von Frauen und in bestimmten Bereichen auch von Männern vorgegangen werden könne.

Der Rat nahm den Gleichstellungsplan zur Kenntnis.

**15. Kindertagesstätten-Gebührensatzung 2013
Vorlage: 2012 0177**

Frau Meinig hob hervor, dass die Kindertagesstätten-Gebührensatzung vereinfacht und zudem gerechter werde, da sie sich an den Betreuungszeiten orientiere. Von Vorteil sei, dass sich der Verwaltungsaufwand spürbar verringern werde. Die gestiegenen Entgelte für das Mittagessen resultierten nach Frau Meinig aus dem notwendigen Erhalt des Qualitätsstandards. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage somit zustimmen.

Herr Fleischmann lehnte die Vorlage vor dem Hintergrund der gestiegenen Kosten für das Mittagessen ab. Er sprach sich für eine kostenlose Zurverfügungstellung des Essens aus. Man müsse vor allem die finanzielle Situation der Eltern berücksichtigen.

Herr Zschoch stellte fest, dass der derzeitige Weg zur Vereinfachung lobend anzuerkennen sei. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Mit 30 Jastimmen und 1 Neinstimme fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Kindertagesstätten der Stadt Burgdorf. Die Satzung tritt zum 01. August 2013 in Kraft.

Die Satzung ist dem Protokoll als Anlage B beigefügt.

**16. Inklusion - Informationsveranstaltung der Region Hannover
Vorlage: 2012 0178**

Frau Gersemann erklärte die Bedeutung einer inklusiven Schule und wies darauf hin, dass, um SchülerInnen mit Handicap eine umfassende Teilhabe am sozialen Leben zu gewährleisten, der Einbau von Fahrstühlen und Rampen nicht ausreichen würde. Es seien u.a. auch Einzelarbeitsplätze und eine Laptopausstattung nötig. Die Einrichtung einiger Schwerpunktschulen sei sehr zu begrüßen.

Herr Fleischmann fügte hinzu, dass die Resolution sinnvoll sei. Bauliche Veränderungen, die räumliche Ausstattung sowie das zur Verfügung stellen der Lehrkräfte könne die Stadt allein nicht stemmen. Er schlug vor, dass die Stadt Burgdorf Kontakt mit anderen Kommunen suche, sodass möglichst viel Druck auf die Landesregierung aufgebaut werde.

Herr Obst stellte fest, dass die gesetzlichen Regelungen zur inklusiven Schule derzeit noch unbekannt seien. Die Resolution habe nur Erfolgsaussichten, wenn sich mehrere Kommunen anschließen würden. Es sei unverantwortlich, alle Kosten auf die Kommunen abzuwälzen. Zudem könne man aus eben diesen Kostengründen nicht alle Schulen inklusiv ausstatten. Er stimme der Resolution zu.

Herr Knauer merkte an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Resolution zustimmen werde. Das vordergründige Ziel müsse jedoch eine inklusive Gesellschaft, frei von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierung sein. Sein Statement ist dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt.

Herr Schrader sagte, dass er sich enthalten werde. Inklusion sei auch Elternwille. Das Gleiche sei nicht für jeden auch das Beste. So seien z.B. betroffene Eltern mit dem Schulsystem für geistig behinderte Kinder sehr zufrieden. Ein neues System müsse sorgsam und ohne Überstürzung eingeführt werden. Ihm fehle zudem ein Hinweis auf den Elternwillen bezüglich einer inklusiven Schule.

Herr Schulz signalisierte Zustimmung zu der Resolution. Die Initiative sei sehr gut, es müsse eine Teilhabe aller Menschen geben.

Herr Weinel schloss die Aussprache und leitete zu TOP 16.1 über.

**16.1. Resolution des Rates der Stadt Burgdorf;
Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.10.2012 -
Vorlage: 2012 0231**

Siehe TOP 16

Mit 30 Jastimmen und 1 Enthaltung fasste der Rat der Stadt Burgdorf folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und die personelle Ausstattung sowie die pädagogischen Rahmenbedingungen an den niedersächsischen Schulen zu verbessern.

Der Rat der Stadt Burgdorf fordert die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und unter Beachtung des Konnexitätsprinzips die hierfür erforderlichen zusätzlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

**17. Erlass einer Hebesatzsatzung
Vorlage: 2012 0181**

Herr Fleischmann stellte fest, dass sowohl die Grundsteuer als auch die Gewerbesteuer erhöht werden. Dies sei die zweite Erhöhung in zwei Jahren

bei der Gewerbesteuer. Dabei sei das Gewerbegebiet Nord-West eine Investitionsruine. Die Erhöhung sei ein schlechtes Signal an mögliche Interessenten. Er verstehe nicht, warum nicht die Hälfte des Gewerbegebietes als Bauland ausgewiesen werden könne. Er werde diese Vorlage ablehnen.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion die Vorlage ebenfalls ablehnen werde. Der Standort Burgdorf werde durch die Erhöhungen für mögliche Investoren unattraktiv, da diese auch die Steuerentwicklungen betrachten würden. Damit Unternehmer oder auch Familien sich in Burgdorf ansiedeln, dürfe man nicht immer Steuern erhöhen.

Herr Hinz merkte an, dass die Steuern sich trotz der Erhöhung unter dem Durchschnitt in der Region befänden und nur knapp über dem Durchschnitt vergleichbarer Kommunen. Er wies darauf hin, dass man das Haushaltsdefizit nicht allein durch Ausgabenreduktion ausgleichen könne. Man könne nicht 3 Mio. € Personalkosten, welche 50 bis 60 Stellen umfassen würden, und 2 Mio. Sachkosten einsparen.

Herr Baxmann fügte hinzu, dass exorbitante Erhöhungen nicht vorliegen würden. Man müsse das Thema jedoch nochmals in einer bereits existierenden Arbeitsgruppe ansprechen.

Herr Schulz schloss sich Herrn Hinz weitgehend an. Der Rat der Stadt Burgdorf erhöhe nur ungern Gebühren und Steuern. Seine Prognose für die nächsten Jahre laute jedoch, dass auch zukünftig Steuern und Gebühren erhöht werden müssten, wenn man sich die Haushaltslage ansehe.

Herr Fleischmann merkte abschließend an, dass man den Regionsschnitt nicht betrachten dürfe. Die eigentlichen Konkurrenten in diesem Sektor seien Isernhagen, Burgwedel und Lehrte.

Herr Zschoch regte an, sich an Kommunen zu orientieren, die Steuern senken würden.

Herr Schrader werde sich seiner Stimme enthalten, weil er einen Sachzusammenhang zum Haushalt sehe, welcher wiederum noch nicht verabschiedet worden sei.

Mit 19 Jastimmen, 11 Neinstimmen und einer Enthaltung fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Hebesatzsatzung vom 18.10.2012 in der sich aus der Anlage 1 der Vorlage Nr. 2012 0181 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage C beigefügten) Fassung zu erlassen.

**18. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: 2012 0198**

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 15. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2012 0198 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage D beigefügten) Fassung zu erlassen.

19. Zuwendung Spenden
Vorlage: 2012 0195

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die folgenden Zuwendungen werden angenommen:

- Sachzuwendung in Form von Laptops für die Astrid-Lindgren-Grundschule von der Stadtparkasse Burgdorf mit einem Wert von 2.400,00 €.
- Sachzuwendung in Form einer Wärmebildkamera für die Stadtfeuerwehr Burgdorf von den Stadtwerken Burgdorf mit einem Wert von 9.500,00 €.

20. Zuwendung Spenden - Vorlage folgt -
Vorlage: 2012 0211

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Die folgenden Zuwendungen werden angenommen:

- Sachzuwendung in Form eines Glasfensters für die Kapelle Schillerslage inkl. Einbau vom Arbeitskreis „Unser Dorf“ in Höhe von 3.980,00 €.

21. Aufhebung eines Ratsbeschlusses zur Teileinziehung der Straße "Am Brandende / Klaukengasse / Mittelstraße"
Vorlage: 2012 0172

Einstimmig fasste der Rat folgenden

Beschluss:

Der Ratsbeschluss vom 20.02.1992 zur „Teilentwidmung Am Brandende / Klaukengasse / Mittelstraße“ (Vorlage 57/1991) wird aufgehoben.

**22. Begrenzung und Eindämmung von Maisanbau im Burgdorfer Land
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann vom 24.09.2012 -
Vorlage: 2012 0217**

Herr Fleischmann erläuterte seinen Antrag und beantragte eine Überweisung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr und den Bauausschuss. Das ursprüngliche Landschaftsbild solle erhalten bleiben. Zudem dürfe man auch den naturschutzrechtlichen Hintergrund durch erhöhtes Düngen sowie den Anstieg der Bodenpreise für Ackerland nicht vernachlässigen.

Herr Braun stimmte der Problematik des übermäßigen Maisanbaus zu, jedoch habe man wenige Einflussmöglichkeiten auf die Landwirte. Der Rat könne hier, anders als bei einer möglichen Errichtung einer Biogasanlage, nicht viel ausrichten. Den Weg über den Bürgermeister zur Aufnahme von Verhandlungen mit den Landwirten halte er für falsch. Eine Resolution zur Aufklärung über die Nachteile des Maisanbaus wäre von der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen unterstützt worden, so müsse man jedoch den Antrag ablehnen.

Herr Fleischmann stellte fest, dass sowohl die Stadt Burgdorf als auch die Kirche Flächen an Landwirte verpachte.

Herr Schrader merkte an, dass der gestellte Antrag eine Berufsgruppe daran hindere, als Unternehmer tätig zu sein.

Mit einer Jastimme und 30 Neinstimmen wurde der Antrag abgelehnt.

**23. Dispokredite und Kontoführung bei der Stadtparkasse Burgdorf
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann vom 24.09.2012 -
Vorlage: 2012 0218**

Herr Hinz stellte einen Antrag gemäß § 8 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates auf Nichtbefassung mit dem von Herrn Fleischmann gestellten Antrag.

Herr Fleischmann plädierte dagegen für eine Überweisung des Antrages in den Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen.

Mit 30 Jastimmen und 1 Neinstimme wurde dem Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbefassung mit dem Antrag „Dispokredite und Kontoführung bei der Stadtparkasse Burgdorf“ entsprochen.

**24. Resolution zur Y-Trasse;
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.10.2012 -
Vorlage: 2012 0232**

Frau Leykum berichtete, dass es an der Zeit sei, gegenüber der Deutschen Bahn Druck aufzubauen, um umfassende Informationen zu erhalten. Burgdorf werde auf jeden Fall von der Güterumfahrung betroffen sein, der Umfang sei jedoch noch unklar. Es liege nicht im Interesse des Rates, dass die Stadt bezüglich der Y-Trasse vor vollendete Tatsachen gestellt werde.

Herr Baxmann begrüßte die Resolution und bestätigte, dass man bereits sehr bemüht sei, an Informationen heranzukommen. Herr Brinkmann aus der Stadtplanungsabteilung sei in dieser Angelegenheit stark involviert und alle Informationen, die man bezüglich des Themas erhalte, werde man unverzüglich an die Ratsmitglieder weiterleiten.

Herr Hunze stimmte Herrn Baxmann zu. Mit allen Mitteln müsse verhindert werden, dass die Verlängerung der Y-Trasse durch Burgdorf hindurchgehe bzw. angrenze.

Einstimmig fasste der Rat der Stadt Burgdorf folgenden

Beschluss:

Die Deutsche Bahn wird aufgefordert bei der derzeit laufenden Feinplanung für die sogenannte Y-Trasse

- 1. die in diesem Zusammenhang vorgesehene Untersuchung von Alternativen (Ausbau bestimmter Bestandsstrecken) mit einer planerischen Tiefe durchzuführen, dass ein sachgerechter und nachvollziehbarer Variantenvergleich mit der Y-Trasse möglich sei.**
- 2. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften frühzeitig und vollständig über die Ergebnisse dieser Planungen zu informieren, um einen Dialog „auf Augenhöhe“ zu ermöglichen.**

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im „öffentlichen Teil“)

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer